

Abg. H. Becker bat, auch den Standpunkt der drei kommunalen Spitzenverbände hierzu darzulegen, damit sich die Ausschussmitglieder über die Spannbreite der Diskussion in der „kommunalen Szene“ ein Bild machen könnten.

Hierzu bestand Einvernehmen.

Der Landrat stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.01.2010 in den Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung zu verwiesen.